



ZENTRALRAT
DEUTSCHER SINTI UND ROMA

Pressemitteilung



**Gleichbehandlung und Minderheitenschutz für Sinti und Roma
Innenminister Beckstein spricht mit Zentralrat und Landesverband**

+++ Die Landesregierung werde jeder Form von Benachteiligung und Diskriminierung der in Bayern lebenden deutschen Sinti und Roma entschieden entgegentreten. Das bekräftigte heute Innenminister Günther Beckstein in einem Gespräch mit den Vorsitzenden des Zentralrats und des Bayerischen Landesverbands Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose und Erich Schneeberger. Rose hatte in dem Gespräch, an dem auch Franz Rosenbach, Überlebender des KZ Auschwitz und Vorstand im Landesverband, teilnahm, Fälle von aus seiner Sicht unzulässiger Erfassungspraxis durch bayerische Polizeibehörden gegenüber Sinti und Roma vorgetragen. +++

Innenminister Beckstein betonte, in Bayern gebe es bereits seit geraumer Zeit Erlasse über die Unzulässigkeit einer Sondererfassung mit Begriffen wie „Zigeuner“ und „Sinti und Roma“ oder der aus der Nazi-Zeit stammenden Bezeichnung „Landfahrer“ oder mit anderen vorurteilsschürenden Ersatzbegriffen wie „mobile ethnische Minderheit“. Er werde nochmals gegenüber den Polizeibehörden auf die strikte Einhaltung dieser Anordnungen hinweisen. Dies gelte auch für die unzulässige Hervorhebung der ethnischen Zugehörigkeit von Beschuldigten in Berichten der Behörden an die Presse. Eine solche Kennzeichnung wirke stigmatisierend für die gesamte Minderheit, sagte Rose. Es bestand Einvernehmen darüber, dass eine detaillierte Beschreibung des äußeren Erscheinungsbildes von Tatverdächtigen für die polizeiliche Arbeit erforderlich ist. Die

./.

Dokument2

Michael Ziegler, Pressesprecher
E-Mail: presse@stmi.bayern.de
Internet: <http://www.stmi.bayern.de>

Telefon: (089) 2192-2108/-2114
oder (089) 2192-2720/-2721
Telefax: (089) 2192-12721

Hausanschrift: Odeonsplatz 3, 80539 München
Postanschrift: 80524 München

Vertreter der Sinti und Roma baten den Innenminister um eine Initiative für ein gesetzliches Diskriminierungsverbot im Beamten- und Medienrecht.

Der Zentralratsvorsitzende Romani Rose bat außerdem um Unterstützung für gesetzliche Initiativen gegen die zunehmenden rechtsradikalen Gewalttaten und gegen Schändungen der KZ-Gedenkstätten. Die vorgesehene gesetzliche Einschränkung des Versammlungsrechts zum Schutz der KZ-Gedenkstätten und Holocaust-Denkmale werde von Bayern ausdrücklich begrüßt, sagte Beckstein. Beckstein sprach sich auch dafür aus, Gesetzeslücken zum Schutz vor rechtsradikalen Gewalttaten zu schließen.